

Haushaltsrede des FDP-Fraktionsvorsitzenden

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2009 war ein Jahr der Veränderung! Zwei wesentliche Veränderungen werden Auswirkungen auf die kommenden Jahre haben.

Dies ist zu einem das Kommunalwahlergebnis 2009. Nach Jahrzehnten der CDU-Alleinherrschaft haben die Wählerinnen und Wähler entschieden, so kann es nicht weiter gehen! Sie entzogen der CDU in weiten Teilen das Vertrauen. Die FDP konnte ihr Gewicht im Gelderner Stadtrat in Form eines zusätzlichen Mandats ausbauen.

Die FDP hat vor der Wahl gesagt, dass sie keine Mehrheitsbeschafferin für eine andere Partei sein wird. Die Liberalen werden von Sachfrage zu Sachfrage entscheiden. Hierzu stehen wir auch nach der Wahl. Egal ob es um Kultur oder Sport geht, es gibt keine grundsätzliche Mehrheit – es gibt keine grundsätzliche Opposition im Rat. Die ersten Monate des neuen Rats zeigen das Ergebnis. Jedes Thema wird nun sachlich diskutiert. Keine Fraktion kann es sich mehr leisten, ihre Meinung einfach durchzuwinken und so eine Diskussion abzuwürgen. Der Lüllinger Dorfplatz zeigt es - man ist auf andere angewiesen. Diese neue Kultur im Miteinander der Fraktionen wird von uns ausdrücklich begrüßt. Wir als FDP wollen dafür sorgen, dass dies auch nach der gesprächsintensiven Zeit der Haushaltsplanberatungen gepflegt wird.

Wir sind davon überzeugt, dass dieser neue Umgang miteinander der Stadt Geldern und seinen Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommen wird.

Neben dieser – aus unserer Sicht – positiven Veränderung aus dem Jahre 2009, gibt es aber auch eine negative Veränderung, die die kommenden Jahre maßgeblich beeinflussen wird: die Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Auswirkungen des weltweiten Problems haben nun auch die Kommunen in Deutschland und damit auch die Stadt Geldern erreicht.

Nach Berechnungen des Deutschen Städtetages muss deutschlandweit mit einem Rekorddefizit von 12 Milliarden Euro gerechnet werden. Im Durchschnitt werden die Steuereinnahmen der Kommunen um 10 % - bei der Gewerbesteuer gar um 17 % - zurückgehen. Gleichzeitig werden die Sozialausgaben deutlich steigen.

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Frau Roth, hat die derzeitige Situation in Ihrer Pressemitteilung vom 02.02.2010 richtig zusammengefasst: „Ein Teil der Städte steht vor dem Kollaps und droht handlungsunfähig zu werden. Dort ist die im Grundgesetz garantierte kommunale Selbstverwaltung in Gefahr.“

Der Städte- und Gemeindebund NRW spricht von der schwersten Finanzkrise für die Kommunen seit dem 2. Weltkrieg und nennt noch höhere Ausfälle bei den Steuereinnahmen.

In vielen Bereichen stellt der Niederrhein noch eine „heile Welt“ dar. Dies wird z.B. deutlich, wenn man an Kriminalitätsraten oder die Arbeitslosenquote denkt. Doch bei der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2010 am 03.11.2009 wurde deutlich, dass das gerade genannte Finanzdesaster auch Geldern erreicht hat.

So sahen wir uns einem Defizit im Ergebnisplan von 10,5 Mio. Euro gegenüber. Bis 2013 – so die Kalkulation des Kämmerers – muss mit einem Defizit von 36 Mio. Euro gerechnet werden. Ohne massive Veränderungen im Haushalt 2010 wäre die gesamte Ausgleichsrücklage der Stadt Geldern aufgebraucht, die Stadt würde sich in einem Haushaltssicherungskonzept wiederfinden. Ziel unserer Beratungen war es deshalb, den Ergebnishaushalt um rund 2,7 Mio. Euro zu verbessern.

Auch wenn die CDU-Fraktion zunächst mit einem allgemeinen Vorschlag in die Sitzungen ging, den Sach- und Personalaufwand über den gesamten Haushalt grundsätzlich um 5 % zu kürzen, kam es dann in den Sitzungen doch zu einer ausführlichen und sachlichen Diskussion über jeden einzelnen Haushaltsansatz. Den Außenstehenden mag dies an der einen oder anderen Stelle kurios angemutet haben, da zum Teil über 50,00 Euro lange und ausführlich diskutiert wurde. Aus unserer Sicht war und ist dies aber richtig und notwendig. Sämtliche Ansätze – ob groß oder klein – gehörten und gehören auf den Prüfstand. Auch Kleinvieh macht Mist und kann in Summe betrachtet zu einer dauerhaften Entlastung beitragen.

Angesichts des großen Spardrucks waren sich alle Fraktionen von Anfang an darüber im Klaren, dass schmerzhaft Entscheidungen zu treffen sind. Es ließ sich dabei nicht vermeiden, dass auch an sensiblen Stellen Einsparungen vorgenommen werden mussten. Hier möchte ich als Beispiel die Budgets der Schulen nennen.

Auch zeigte sich in den Haushaltsberatungen schnell, dass wir eine Reduzierung von Standards vornehmen müssen. So mussten die Ansätze für die Unterhaltung von Gebäuden und Straßen heruntergefahren werden. Auch Vereine und Verbände in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens müssen in den kommenden Jahren mit geringeren Zuschüssen aus der Stadtkasse zu Recht kommen. Wünschenswerte Projekte, wie beispielsweise die Neugestaltung der Krefelder Straße/Geldertor, die eine Attraktivierung der städtischen Einfahrt bedeuten würde, sind zurzeit nicht finanzierbar. Auch bei den Aufwendungen für den Rat selber wurde selbstverständlich gekürzt.

Dies alles macht deutlich, dass der Rat der Stadt Geldern sich angesichts der dramatischen Haushaltslage bemüht hat, in allen Bereichen eine Reduzierung der dauerhaften Aufwendungen vorzunehmen und damit einem Haushaltssicherungskonzept entgegenzuwirken.

Für die FDP-Fraktion war in diesen Beratungen immer von höchster Priorität, dass diese Einsparungen möglichst gerecht verteilt werden. Das notwendige Sparen sollte und soll nicht zu Lasten einer einzelnen Bevölkerungsgruppe geschehen.

Die Haushaltsplanberatungen haben viel Zeit in Anspruch genommen. Auf unseren Vorschlag hin, wurde die Verabschiedung deshalb von Ende Dezember auf den heutigen Tag verschoben. Dies hat uns den nötigen Zeitraum für unsere Beratungen eröffnet.

In den vergangenen Monaten haben wir Einiges gemeinschaftlich erreicht. In einigen Bereichen haben wir aber nach wie vor unterschiedliche Auffassungen. Dies gilt insbesondere für die Eigenbetriebe der Stadt. Man kann den Eindruck gewinnen, dass manche Ratskolleginnen/-kollegen hier Scheuklappen an den Augen haben und nach dem Motto handeln: „Mich interessiert nur der städtische Haushalt, die Wirtschaftspläne sind nicht wichtig!“

Das Gegenteil ist der Fall, was am Beispiel des Eigenbetriebes „Immobilien und Erschließung“ deutlich wird. Hier widersprach der Bürgermeister in den vergangenen Jahren immer wieder den Äußerungen der FDP, das Projekt werde negative Auswirkungen auf den städtischen Haushalt haben. In den Beratungen über den Wirtschaftsplan 2010 wurde nun erstmals offiziell von der Verwaltung bestätigt, dass die zu erwartenden Millionenverluste ab dem Jahre 2014 negative Auswirkungen auf den Ergebnisplan der Stadt haben werden. Hier müssen Rückstellungen gebildet werden. Diese Millionen-Beträge müssen dann an anderer Stelle eingespart werden. Dies wird zu Lasten der Bevölkerung gehen. Hierfür tragen allein SPD und CDU die Verantwortung. Die beiden großen Fraktionen müssen nun endlich auch hier mithelfen und das Steuer herumzureißen. Sie müssen sich endlich von den hohen Gestaltungsansprüchen abwenden und zu einer realistischen und finanzierbaren Erschließungsvariante zurückkehren.

Die finanzielle Situation ist auch in den kommenden Jahren dramatisch. Die nun beschlossenen Einschnitte reichen nicht aus, um in den nächsten Jahren einen tatsächlich ausgeglichenen Haushalt zu erzielen. Auch wenn sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland erholen wird und mittelfristig wieder mit einem Anstieg der Steuereinnahmen gerechnet werden kann, müssen wir in den kommenden Haushaltsplanberatungen weitere Einsparungen beschließen.

Die Folgekosten von Investitionen gehören und gehörten deshalb auf einen besonderen Prüfstand. Die von der CDU in jüngster Vergangenheit durchgesetzte Erweiterung des Sportplatzes in Veert ist hierfür ein gutes Beispiel. Die Unterhaltung der Sportanlage schlägt jährlich mit 40.000 Euro zu Buche. Alle anderen Plätze verschlingen deutlich weniger Geld. So liegt die Kostenbeteiligung der Stadt für die Anlage in Walbeck z.B. bei „lediglich“ 5.200 Euro. Neben den Finanzierungskosten für die Herstellung neuer Vermögensgegenstände müssen deshalb die Folgekosten stärker unter die Lupe genommen werden.

Neben den Folgekosten müssen aber auch die Investitionen als solche finanzierbar sein. In der derzeitigen Situation können nicht alle Investitionen aus dem laufenden Geschäft finanziert werden. Eine Kreditfinanzierung ist aus unserer Sicht auf das Notwendigste zu beschränken. Jede Privatperson überlegt es sich reichlich, ob eine Anschaffung wirklich erforderlich ist, wenn man dafür einen Kredit aufnehmen muss. Vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung meiner Fraktion zum Dorfplatz Lüllingen zu verstehen. Nur mit großen Bauchschmerzen konnten wir den in letzter Minute gefundenen Kompromiss mittragen. Wir sind guter Dinge, dass auch mit dem deutlich reduzierten Ansatz eine attraktive Gestaltung des Dorfmittelpunktes möglich sein wird. Das Engagement der Lüllinger möchte ich an dieser Stelle nochmals außerordentlich würdigen. Es ist gut zu sehen, dass sich die gesamte Bevölkerung mit ihrer Ortschaft identifiziert und gemeinschaftlich zum Wohle ihres Ortes kämpft und arbeitet.

Auch die bestehenden Anlagen und Gebäude müssen auf den Prüfstand. Es war und ist deshalb richtig, dass wir in 2010 knapp 450.000 Euro in die Umrüstung der Straßenbeleuchtung investieren. Dies führt zu einer Reduzierung der Stromkosten in diesem Bereich von jährlich über 50.000 Euro. Das Einsparpotential wurde zwischenzeitlich von der CDU teilweise in Frage gestellt. Deshalb sei an dieser Stelle nochmals auf die Pressemitteilung der Stadtverwaltung vom 21.01. hingewiesen: Die bisherigen Umrüstungen im Barbaragebiet, Geldern- Ost und am Markt führen bereits zu Einsparungen von 14.000 Euro. Eine Umstellung der noch ausstehenden Gebiete führt zu jährlichen Einsparungen von 56.000 Euro!

In diese Richtung zielt auch der FDP-Antrag auf Zusammenlegung der städtischen Bauhöfe. Wir sind davon überzeugt, dass hierdurch eine deutliche Reduzierung des Unterhaltungs- und Sachaufwandes möglich sein wird.

Wenn eine Reduzierung auf der Ausgabenseite nicht ausreicht, muss über eine Erhöhung der Einnahmeseite nachgedacht werden. Dies ist in der freien Wirtschaft so, und dies gilt auch für die öffentliche Hand. Angesichts der auch für die kommenden Jahre düsteren Prognosen, werden wir mittelfristig auch über eine Erhöhung der städtischen Steuern nachdenken müssen. Wir sind froh, dass wir diesen Schritt im Rahmen der Beratungen für das Jahr 2010 noch nicht gehen mussten. Wir konnten das Ergebnis durch Einsparungen und Verschiebungen um knapp 2,5 Mio. Euro verbessern. Das Defizit bis einschließlich 2013 konnten wir auf 24,7 Mio. Euro drücken.

Meine Ausführungen haben hoffentlich deutlich gemacht, welche schweren Aufgaben vor uns lagen bzw. vor uns liegen. Wir stehen in der Verantwortung zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zu handeln. Es bleibt zu hoffen, dass die Finanzkrise schneller überwunden wird, als es die Haushaltsplanungen z.Z. unterstellen. Dies würde uns wieder mehr Gestaltungsfreiheit geben.

Die FDP-Fraktion wird dem Haushaltsplan 2010 zustimmen. VIELEN DANK!